

VdU-Wirtschaftskommission – Unternehmenssteuern reformieren und senken!

Die Vereinigten Staaten von Amerika tun es, Frankreich, Belgien und Großbritannien haben es auf der Agenda, und viele weitere Staaten auch: Sie machen ihre Länder als Wirtschaftsstandorte attraktiv, indem sie ihre Unternehmenssteuern senken.

Fehlanzeige dagegen im Hochsteuerland Deutschland beim Bemühen um bessere Bedingungen für Unternehmen. So erwächst aus dem laufenden internationalen Steuerwettbewerb ein Standortnachteil für ausländische Investitionen ebenso wie ein Handicap für die heimische Wirtschaft. Insbesondere der deutsche Mittelstand ist durch hohe steuerliche Abgaben und bürokratische Auflagen überproportional belastet.

Die deutschen Unternehmerinnen halten eine umfassende Unternehmenssteuerreform für überfällig. Sie fordern, die unternehmenssteuerliche Belastung für alle nicht entnommenen Gewinne auf 25 Prozent zu begrenzen. Neben einer deutlichen Senkung des Körperschaftsteuersatzes sind dabei auch die Einkommenssteuer und insbesondere die Gewerbesteuer in den Blick zu nehmen.

Die deutschen Unternehmerinnen appellieren an die Bundesregierung, den Solidaritätszuschlag jetzt vollständig und für alle abzuschaffen. Außerdem fordern die Unternehmerinnen, die Gewerbesteuer insgesamt zu reformieren, um sowohl Substanzbesteuerung zu vermeiden als auch die unterschiedlichen Hebesätze zu berücksichtigen, und die Gewerbesteueranrechnung für alle Unternehmensrechtsformen einzuführen. Gleiche und rechtsformunabhängige Belastung von Unternehmen ist gerade für den deutschen Mittelstand von großer Bedeutung.

In Zeiten der drohenden Konjunkturabschwächung erwartet die Wirtschaft ein solches Signal von der Politik.

April 2019